



BERUFSBILDUNG – EIN WEG, UM DIE KLUFT ZWISCHEN DEN BEDÜRFNISSEN VON FLÜCHTLINGEN UND ARBEITGEBERN ZU SCHLIEßEN

Ergebnisse der Cedefop-OECD-Umfrage 2016
zu Integration durch Qualifizierung

In den vergangenen zwei Jahren hat Europa so viele Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen wie nie zuvor. So wurden 2015 und 2016 fast 2,5 Millionen neue Asylsuchende in der Europäischen Union (EU) registriert. Viele von ihnen werden auf Dauer bleiben, und die EU muss dafür sorgen, dass sie in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden und ihren Lebensunterhalt möglichst rasch selbst bestreiten können.

Die soziale und wirtschaftliche Integration wird jedoch durch eine Reihe von Faktoren erschwert, wie die traumatischen Erfahrungen der Migranten,



Dieser Kurzbericht resultiert aus einer Zusammenarbeit zwischen OECD und Cedefop basiert auf den Ergebnissen einer Umfrage, die von den nationalen ReferNet-Partnern des Cedefop durchgeführt wurde.

ihre schwache Bindung an das Aufnahmeland und fehlende Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten. Wer keine Nachweise für seine



© iStock.com/JordeAngjelovik

Kompetenzen und Qualifikationen vorlegen kann, hat Probleme, diese anerkennen zu lassen. Während die meisten Sofortmaßnahmen auf humanitäre Hilfe (Unterkunft, Grundbedürfnisse und Schulbildung für Kinder) abzielten, geht es nun darum, mehr Anstrengungen für eine echte Integration der Flüchtlinge und derer, die voraussichtlich in Europa bleiben werden, zu unternehmen.

Berufsbildung kann Migranten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Suche nach einer ihren Kompetenzen und Qualifikationen entsprechenden Beschäftigung erleichtern.

Angesichts der wachsenden Zahlen von Asylsuchenden und Flüchtlingen müssen berufliche Bildungsgänge jedoch ausgebaut, angepasst und neu ausgestaltet werden. Überall in der EU ist man bemüht, das allgemeine und berufliche Bildungsangebot zu erweitern und die Zugangsmöglichkeiten zu Bildungsmaßnahmen zu verbessern, wobei neben Sprachkursen interkulturelles Training und IKT-Schulungen, arbeitsplatzbasiertes Lernen, Berufsberatung, Förderung von unternehmerischem Denken und Handeln und Betriebspraktika im Vordergrund stehen. Viele Länder führen neue Komponenten in ihre Systeme ein, wie automatisierte Selbstbewertungen, beschleunigte berufliche Weiterbildungs-, Anerkennungs- und Eingliederungsverfahren und mentorenunterstützte, öffentlich finanzierte Ausbildungsmaßnahmen, um die Integration von Migranten zu erleichtern. Die Bereitstellung ausreichender Mittel und Infrastruktur für solche Maßnahmen kann selbst für Länder mit hoch entwickelten Systemen zur Herausforderung werden.

Frühintervention: Schlüssel zu erfolgreicher Integration

Vergangene Erfahrungen mit Flüchtlingsströmen haben gezeigt, dass frühzeitige Unterstützung ein wesentlicher Integrationsfaktor ist. Dazu zählt die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen und der rasche Zugang zu Integrationsmaßnahmen

für Asylsuchende mit Bleibeperspektive in Europa. In Deutschland zielen die meisten frühzeitigen Unterstützungsmaßnahmen auf die Verbesserung der Sprachkenntnisse ab, doch umfassen sie auch die Bewertung und Validierung der Kompetenzen von Migranten sowie Berufsberatung und Betriebspraktika. In Belgien bieten die öffentlichen Arbeitsverwaltungen Asylsuchenden eine Reihe von Maßnahmen wie Zuschüsse und Ausbildungskurse an; außerdem können sie nach vier Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten. Andere europäische Länder wie Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden haben ebenfalls erhebliche Anstrengungen unternommen, um anerkannten Flüchtlingen mehr frühzeitige Unterstützung zu bieten.

Ausreichende Sprachkenntnisse einschließlich beruflichen Fachvokabulars sind eine wesentliche Voraussetzung für das Lernen und Arbeiten. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bietet fachsprachliche Kurse für Flüchtlinge und asylsuchende Migranten mit hoher Anerkennungsquote an. Diese Kurse umfassen in der Regel fortgeschrittenen fachsprachlichen Unterricht (300 Stunden) und fachspezifische berufliche Ausbildungsmodulare für verschiedene Berufsfelder (300 bis 600 Stunden).

Kompetenzbewertung und Berufsberatung: erste Schritte zur Arbeitsmarktintegration

Die frühzeitige Bewertung der Kompetenzen von Migranten fördert deren Arbeitsmarktintegration und mögliche Umsiedlung. Mittels elektronischer Portfolios wie dem ABO-Integrationspiloten in Schweden können sich Asylsuchende per Mobile App selbst ein (vorläufiges) Kompetenzprofil erstellen. Norwegen hat nach diesem Vorbild ein ähnliches System entwickelt. Bei humanitären Migranten führen die öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Österreich und Schweden frühzeitige Kompetenztests in Arbeitsumgebungen und teilweise in der jeweiligen Muttersprache durch. Für Migranten, die Zeugnisse und Dokumente über Ausbildungsabschlüsse vorlegen können, ist deren rasche Anerkennung bzw. die Feststellung ihrer

Gleichwertigkeit entscheidend. In Deutschland sind eine ausführliche Website und eine Mobiltelefon-App in den am häufigsten von Flüchtlingen gesprochenen Sprachen verfügbar, die die Anerkennung von Zeugnissen und die anschließende Beratung durch das regionale IQ-Netzwerk unterstützen. Ebenso ist die Unterstützung von Personen mit unvollständigen Ausbildungsnachweisen von grundlegender Bedeutung. Das Validierungssystem im schwedischen Malmö wurde ursprünglich auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen zugeschnitten, seither aber erweitert. Belgien hat ebenfalls kostenlose Validierungsverfahren für Personen in ähnlichen Situationen eingeführt.

Wenn Asylsuchende mit hohem Integrationspotenzial beschleunigt in qualifizierende Ausbildungskurse vermittelt werden, fördert dies eine bessere Anpassung an die Erfordernisse des Arbeitsmarkts und stärkt die individuelle Beschäftigungsfähigkeit. Die schwedische Regierung und die Sozialpartner haben ein breit angelegtes Programm entwickelt, das Beratung, Kompetenzbewertung, Validierung/Anerkennung, Betriebspraktika, Schulungen, Lehrlingsausbildungen und Sprachkurse umfasst. Dieses deckt derzeit 20 Berufe ab.

Berufliche Orientierung und Beratung sowie Schulungen, die unternehmerisches Denken und Handeln vermitteln, fördern Selbstständigkeit, Anpassungsfähigkeit, Beschäftigungsfähigkeit und die Fähigkeit zur Laufbahnplanung. Branchenspezifische Schulungen und Schulungen für Existenzgründer können zur Integration humanitärer Migranten beitragen. Das maltesische Institut für Tourismusstudien stellt für humanitäre Migranten und Asylsuchende ein umfassendes Leistungspaket bereit, um die Berufswahl und -ausbildung (sekundär und postsekundär) junger Menschen mit Potenzial im Tourismussektor zu unterstützen. In Finnland können NRO in Aufnahmezentren Schulungen und Beratung für Asylsuchende anbieten, die sich selbstständig machen möchten. Regionale Behörden werden ermutigt, Talente aufzuspüren, zu entwickeln und kontinuierlich zu unterstützen,

um lokale Innovationen und Unternehmensgründungen zu fördern.

Bessere Bewältigung der Herausforderungen durch Kooperation der Akteure

Für die meisten Länder ist es höchst wichtig – und alles andere als einfach –, alle relevanten Akteure in einer Region an einen Tisch zu bringen. Flüchtlinge benötigen umfassende Informationen über berufliche Ausbildungsgänge, deren Nutzen und dem hiermit verbundenen kurz- und mittelfristigen Aufwand. Individuelle Orientierung und Beratung ist eine Grundvoraussetzung, um das Engagement der Asylsuchenden und Flüchtlinge sicherzustellen. Mitarbeiter örtlicher Behörden, die Migranten beraten bzw. berufsbildungsbezogene oder andere Dienstleistungen anbieten, müssen geschult werden, damit sie auf die besonderen Erfordernisse dieser Gruppe eingehen können. Auch den Arbeitgebern fällt eine Schlüsselrolle bei der Abstimmung der Kompetenzen humanitärer Migranten mit der lokalen Arbeitsmarktnachfrage zu: Sie wissen am besten, welche Berufe und Kompetenzen sie benötigen. In Österreich tauschen die öffentliche Arbeitsverwaltung, NRO, Branchenausschüsse und Arbeitgeber Arbeitsmarktinformationen aus und fördern Berufsberatung und effiziente Betriebspraktika für humanitäre Migranten. In Deutschland stellen lokale Handelskammern Beratung und Schulungen für kleine und mittlere Unternehmen zum Thema arbeitsplatzbasierte Ausbildungsgänge und Betriebspraktika für Asylsuchende und Flüchtlinge bereit. Die Initiative wird durch ein Netzwerk von Unternehmen unterstützt, die Erfahrung mit – oder Bereitschaft zu – der Einstellung und Ausbildung humanitärer Migranten haben.

Netzwerke regionaler und lokaler Akteure sind für die effiziente Nutzung der verfügbaren Finanzmittel von entscheidender Bedeutung. In der Tschechischen Republik haben humanitäre Migranten Anspruch auf sechs Monate Unter-

stützung, die auch Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen beinhaltet. Zur Koordinierung der lokalen Anstrengungen wurde ein Netzwerk von zwölf regionalen Unterstützungszentren aufgebaut, das die Arbeit von lokalen Behörden, NRO und anderen Akteuren koordiniert; es stellt Informationen, Beratung sowie Integrationskurse bereit und leitet lokale, aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gegenfinanzierte Integrationsprojekte. In Irland wird die enge Zusammenarbeit zwischen lokalen Beratungszentren und Validierungs- bzw. Ausbildungsanbietern von Ausschüssen für lokale Gemeinwesenentwicklung auf der Grundlage des Programms für soziale Inklusion und Gemeinwesenaktivierung (SICAP) koordiniert. Im Rahmen des italienischen Systems für den Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen (SPRAR) wurde ein Netzwerk sogenannter „nachgeordneter“ Zentren aufgebaut, das Asylsuchenden und humanitären Migranten, die die Aufnahmezentren durchlaufen haben, Weiterqualifizierungswege zu einer beruflichen Qualifikation auf Sekundarniveau anbietet. In finnischen Städten arbeiten verschiedene städtische Dienststellen zusammen, um die Aufnahmeverfahren zu beschleunigen. Dadurch sollen ein Verkümmern von Qualifikationen verhindert, die rasche Eingliederung in Ausbildungsmaßnahmen und andere aktive Arbeitsmarktmaßnahmen gefördert sowie die weitere Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen sichergestellt werden.

Auf nationaler Ebene muss die interministerielle Zusammenarbeit enger werden, um die reibungslose Betreuung und Verteilung der Flüchtlingsströme zu gewährleisten. Dies ist nicht immer einfach.

Die länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Akteuren muss ausgebaut werden, wobei auch die Erstaufnahmeländer außerhalb der EU einzubeziehen sind. Die Bedingungen hierfür – Art der von den Ländern auszutauschenden Informationen, Aufteilung der Zuständigkeiten, Einhaltung von Vereinbarungen – müssen klar festgelegt werden.

Kontinuierliche Verbesserung von Programmen und Ressourcenmanagement

Eine regelmäßige Überprüfung von beruflichen Ausbildungsgängen und Pilotprogrammen ist unbedingt erforderlich, um sie an neue Erfordernisse anzupassen, ihre Qualität und Wirkung zu gewährleisten und um öffentliche Gelder optimal zu verwenden. Österreich und Deutschland nutzten Pilotvorhaben – z. B. Frühinterventionen für Asylsuchende – als Strategie zur regulären Einführung experimenteller bzw. innovativer Verfahrensweisen. In vielen europäischen Ländern ist man bei der Finanzierung von beruflichen Ausbildungsgängen um Ausgleich zwischen den Bedürfnissen unterschiedlicher Gruppen bemüht. Maßnahmenprogramme für Migranten unterliegen oftmals finanziellen Einschränkungen und werden von Politik und Öffentlichkeit kritisch beobachtet. Außerdem werden sie nur selten sachgemäß bewertet. Um eine optimale Verwendung öffentlicher Mittel zu gewährleisten, müssen sie routinemäßig überwacht und evaluiert werden. Und um die öffentliche Unterstützung solcher Programme sicherzustellen, muss die europäische Bevölkerung stärker für die demografischen Herausforderungen und die potenzielle Rolle von Flüchtlingen als künftige Erwerbstätige und Beitragszahler der Sozialsysteme sensibilisiert werden. Weder sollten Flüchtlinge als Konkurrenten um Mittel, die anderen bedürftigen Gruppen zustehen, wahrgenommen werden, noch sollte ihnen nachgesagt werden, dass durch sie die Qualität der von den Berufsbildungssystemen angebotenen Maßnahmen und Dienstleistungen sinkt. Im Vereinigten Königreich unterstützen über dreißig Bildungseinrichtungen und NRO die „Equal Access“-Kampagne („Gleichberechtigter Zugang“), mithilfe derer ein Bewusstsein dafür geschaffen werden soll, dass Asylsuchende das gleiche Recht auf Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung haben wie die einheimische Bevölkerung.

Mehrere EU-Mitgliedstaaten nahmen Mittel aus dem ESF oder anderen europäischen Quellen in

Anspruch, um Teile ihrer nationalen Eingliederungsprogramme zu finanzieren. Deutschland nutzte die Kofinanzierung durch den ESF für sein aktuelles Frühinterventionsprogramm für Asylsuchende sowie (bis 2016) für berufsbezogene Sprachkurse. Spanien legte mithilfe des ESF ein umfassendes Programm für die Bewertung, Anerkennung und Validierung der Kompetenzen von Flüchtlingen sowie für ein Beratungs- und Berufsbildungsangebot auf, das von der Generaldirektion für Migration koordiniert wird. In Estland wurden mithilfe des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds im Rahmen von beruflichen Ausbildungsgängen und Hochschulstudiengängen Sprachkurse für (humanitäre) Migranten finanziert. Ungarn nutzte den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Finanzierung von Beratung und von Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründern.

Ebenso wichtig ist das Engagement der Arbeitgeber. So haben schwedische Arbeitgeber gemeinsam beschleunigte Maßnahmenprogramme als Sozialinvestition finanziert. Unternehmen mit einer Integrationsstrategie für Migranten erhielten öffentliche Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Das italienische *Pathways*-Programm bietet finanzielle Unterstützung für Arbeitgeber, die Betriebspraktika für Migranten anbieten. Vergleichbare Programme wurden auch in Österreich und Bulgarien aufgelegt.

Die Länder nutzen zudem unterschiedliche Finanzierungsmodelle zur Förderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die an Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder an qualifizierenden Bildungsgängen teilnehmen. Die Slowakei nahm Mittel aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU in Anspruch, um die Kompetenzbewertung, die Berufsberatung, die Entwicklung von Laufbahnplanungs- und unternehmerischen Kompetenzen sowie Umschulungsmaßnahmen für Migranten zu finanzieren. In Schweden werden einige Finanzierungsinstrumente von kommunalen Behörden verwaltet: Sie können Fördermittel für schwedischen Sprachunterricht am Arbeitsplatz, für verschiedene arbeitsplatzbasierte Ausbildungsgänge und für die Validierung von Kompetenzen

bewilligen. Das Vereinigte Königreich bietet humanitären Migranten ein Darlehensprogramm zur Finanzierung beruflicher und arbeitsplatzbasierter qualifizierender Ausbildungsgänge.

Leichtere Neuansiedlung und Umsiedlung durch besseren Informationsaustausch

Die im Rahmen der Cedefop-OECD-Erhebung befragten Vertreter nationaler Stellen gaben sich weniger besorgt über die Gesamtzahl der in ihrem Land aufgenommenen humanitären Migranten als über deren Verteilung innerhalb des Landes. Um Flüchtlinge innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten verteilen zu können, müssen die Länder Informationen über die zugewanderten Arbeitskräfte, die vorhandene Arbeitskräftenachfrage und die Aufnahmefähigkeit der lokalen Arbeitsmärkte sammeln und austauschen. Im Idealfall sollten Informationen über die Kompetenzprofile von Migranten so früh wie möglich, sogar schon vor der Abreise und während des Transits erhoben werden.

Zusätzliche Maßnahmen im Vorfeld der Abreise und während des Transits, wie Beratung, Ausbildung, Praktika und Integrationspläne, sind effizienter, wenn sie branchenbezogen sind. Umfassende Ansätze für Frühinterventionen erfordern verlässliche und aktuelle Informationen über den Qualifikationsbedarf und das Ausbildungsangebot in Zielländern und -regionen. Diese lassen sich leichter ermitteln, wenn es erprobte Verfahren zur Erhebung von Informationen über die sektoralen Erfordernisse gibt, die klare Arbeitsplatz- und Ausbildungsprofile und eine präzise Beschreibung des Ausbildungsangebots enthalten. Durch beschleunigte Verfahren können die Erstellung von Kompetenzprofilen und die Anerkennung von Kompetenzen schneller vonstattengehen und dabei Hindernisse für Beschäftigung und Ausbildung ausgeräumt werden.

Unbeschadet künftiger Entwicklungen könnte dies ein erster Schritt hin zu einem ambitionierteren EU-weiten Umsiedlungssystem sein. Ein solches

System müsste auf folgenden Grundsätzen fußen:
klare Angaben der Länder zu den nationalen
Arbeitsmarkterfordernissen; frühzeitige Erstellung
der Kompetenzprofile von Migranten, um sie in
passende Arbeitsplätze vermitteln zu können;

Abstimmung auf das nationale und regionale
Entwicklungspotenzial; und ein systematischer
Informationsaustausch zwischen Ländern, um
die gezielte Verteilung humanitärer Migranten
innerhalb der EU zu ermöglichen.